

«Frau Leuthard, sind Sie fähig, die Energiestrategie 2050 durchzuziehen?»

ABSTIMMUNG Für einige Winterthurer Schülerinnen und Schüler greift die Energiestrategie des Bundes zu kurz. Am Infoabend mit Bundespräsidentin Doris Leuthard stellten sie kritische Fragen.

Doris Leuthard (CVP) hat Dienstagabend im Casinotheater für das neue Energiegesetz gewebelt. «Jetzt kommt das neue Zeitalter der erneuerbaren Energien», sagte die Bundespräsidentin vor über 400 Zuschauerinnen und Zuschauern. Im Anschluss an ihr Referat stellten drei Winterthurer Schülerinnen und Schüler kritische Fragen – und machten klar, dass ihnen der politische Prozess eher zu langsam als zu schnell vorangeht:

Eliane Ballmer: «Frau Leuthard, sind Sie wirklich fähig, die Energiestrategie 2050 durchzuziehen?»

Doris Leuthard konterte geschickt: «Das hängt schlussendlich nicht nur von mir ab.» In einer Demokratie könne man die Einwohnerinnen und Einwohner nicht einfach zum massvollen Energiekonsum zwingen. «Ich weiss ja auch nicht, ob ihre persönlichen Energieverbrauch im Griff hat.» Gerade die junge Generation generiere mit Handys einen hohen Datenverbrauch – und auch das brauche viel Strom. Dazu komme das stetig steigende Mobilitätsbedürfnis. «Wer hier drin ist noch nie in seinem Leben geflogen?», fragte die Bundespräsidentin in den Saal.

Konstantin Bosshard: «Wie sehen Sie das Verhältnis



Doris Leuthard folgte der Einladung von Fritz Schuppisser, Präsident «Energie bewegt Winterthur», und kam ins Casinotheater. Nach ihrem Referat antwortete die Bundespräsidentin geschickt auf die Fragen der Schüler Julian Strauss und Konstantin Bosshard sowie der Schülerin Eliane Ballmer (v. l.) mas

zwischen Wirtschaft und grüner Zukunft?»

«Viele Branchen sind bereits auf gutem Weg», sagte Leuthard. Die Maschinenindustrie hinke noch etwas hinterher, was aber daran liege, dass sie in den letzten Jahren vor allem mit der Frankenstärke zu kämpfen gehabt habe. Die Umstellung auf erneuerbare Energien und die Bemühungen in

Richtung Energieeffizienz würden sich auf lange Frist sicher auszahlen, jedoch seien zu Beginn auch hohe Investitionen nötig.

Julian Strauss: «Sehen Sie Möglichkeiten zur Beschleunigung des Prozesses? Ich habe den Eindruck, dass Politiker oft den Termin für einen Wechsel auf einen

Zeitpunkt legen, zu dem sie selber nicht mehr im Amt sind.»

Leuthard musste lachen. Dass der Prozess lange dauere, liege nicht nur an der Politik. Es gebe teilweise auch grosse Widerstände in der Bevölkerung. «Versucht mal, eine Baubewilligung für eine Windanlage zu erhalten. Viel Glück.» Sie habe aber Verständnis für die Bedenken der Anwoh-

nerinnen und Anwohner: «Du würdest sicher auch genau hinschauen, wenn ein solches Projekt in deiner Nachbarschaft geplant wäre.»

Kritik übte Leuthard auch an Elektrizitätswerken, die Strom aus fossilen Energieträgern im Ausland einkauften, nur weil es ein paar Rappen billiger sei. «Das ist nicht konsequent. Jeder sollte

«Jeder sollte bei sich selber anfangen und dann kritisieren.»

Doris Leuthard

bei sich selber anfangen und dann kritisieren.»

Das neue Energiegesetz sieht Massnahmen vor, um den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und erneuerbare Energien zu fördern. Zudem wird der Bau neuer Kernkraftwerke verboten. Das Parlament hatte zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 das Energiegesetz revidiert und ein erstes Massnahmenpaket beschlossen. Da ein bürgerliches Komitee das Referendum ergriffen hat, werden die Schweizerinnen und Schweizer am 21. Mai über die Gesetzesänderung abstimmen. Den Anlass der Befürworter hat der Verein «Energie bewegt Winterthur» organisiert.

Manuel Frick



Die Schülerin Boshra el Ahmed holt mit der Tafel die Meinungen der Passanten über Muslime ab.



«Was denkst du?»

PROJEKT Eine 15-jährige Syrerin hat sich mit einer Tafel in die Marktgasse gestellt und Passanten gefragt: «Ich bin Muslimin, also bin ich...?»

Nach 30 Minuten in der Markt-gasse haben schon zwei Dutzend Passanten auf die Tafel von Boshra el Ahmed geschrieben. Die 15-jährige Syrerin aus Effretikon sagt: «Ich möchte wissen, wie die Menschen über Muslime in der Schweiz denken.» Ziel sei es auch, mit Menschen ins Gespräch zu

kommen und klarzustellen, dass nicht Flüchtlinge wie sie schuld seien an Terror und Kriegen.

Die Passanten schreiben Nettes hin: «Jeder Mensch ist gleichberechtigt» oder «Welcome in my country!» beispielsweise. Etwas nüchterner: «Sympathisch, aber heutzutage bereiten 10 Prozent der Muslime der Welt Probleme.»

Boshra lebt seit zwei Jahren hier und spricht gut Schweizerdeutsch. Wegen ihres Kopftuchs habe sie schon Negatives erlebt, erzählt sie. «Was machst du in der

Schweiz? Geh nach Hause», habe eine fremde Frau sie kürzlich angeblafft. Solche Erfahrungen hätten sie zum Projekt bewogen.

Die Aktion am unterrichtsfreien Nachmittag ist Teil eines Schulprojekts von Boshra. «Ich finde das sehr toll von ihr», sagt ihr Fachlehrer Simon Litschi, der sie begleitet. Eine weitere Aktion folgt in Zürich, die erste fand im Schulhaus in Effretikon statt: Boshra verband sich die Augen und hielt ein Schild: «I am a Muslim. If you trust me, hug me.» jig

Nach Sturz vom Dach: Kollege freigesprochen

OBERGERICHT 2012 ist bei Bauarbeiten ein Mann von einem Dach gestürzt. Dessen Auftraggeber und ein Arbeitskollege sind nun vom Vorwurf der fahrlässigen schweren Körperverletzung freigesprochen worden.

Als er auf dem Dach die letzte von mehreren beschädigten Zementfaserplatten auswechseln wollte, zerbrach jene Platte, auf der er stand. Der Mann stürzte ungesichert aus einer Höhe von sechseinhalb Metern zu Boden. Er zog sich verschiedene Frakturen an seinen linken und rechten Unterschenkeln, Fersenbeinen und Schienbeinen zu. Er musste in der Folge neunmal operiert werden und einen Monat im Spital verbringen. Für acht Monate wurde ihm dann zu 100 Prozent eine Invalidenrente zugesprochen.

Eine Frage der Schwere

Der Auftraggeber und ein Arbeitskollege, die den später Verunfallten allein auf dem Dach gelassen hatten, wurden in erster Instanz vom Bezirksgericht Winterthur wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung zu bedingten Geldstrafen verurteilt. Die beiden legten Berufung ein: Sie bestritten nicht den Unfall und die Verletzungen an sich – sie stuften vielmehr die Verletzungsfolgen als nicht derart gravierend ein, dass es zu einem Schuldspruch kommen dürfte.

Das Obergericht stimmte ihnen nun zu. Damit eine Körper-

verletzung rechtlich als schwer gilt, muss unter anderem entweder ein wichtiges Organ oder ein Körperteil verstümmelt sein, muss die Beeinträchtigung zu einer bleibenden Arbeitsunfähigkeit führen oder müssen andere ähnlich schwere Schädigungen vorhanden sein.

Keine Bagatelle

Die Verletzungen seien zwar nicht zu bagatellisieren, hält das Obergericht fest: «Die mehrfachen Operationen, der längere Spitalaufenthalt und die zeitweise Arbeitsunfähigkeit stellen für kompliziertere, mehrfache Knochenfrakturen weitreichende Folgen dar. Der Heilungsprozess habe zudem «unzweifelhaft einige Zeit in Anspruch genommen» und sei «sicherlich beschwerlich» gewesen. Schliesslich spüre der Mann auch noch immer die gesundheitlichen Folgen des Unfalls und klage über eine gewisse Gehbeeinträchtigung.

Doch habe der Verunfallte in der Zwischenzeit als Allrounder bei Bergbahnen gearbeitet und sei auch wieder im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig gewesen, hält das Gericht weiter fest. Dies spreche eher dafür, «dass die Einschränkungen in der Gehfähigkeit nicht erheblicheren Ausmasses sind».

Das Obergericht sprach den Auftraggeber und den Arbeitskollegen deshalb vom Vorwurf der fahrlässigen schweren Körperverletzung frei. sda

In Kürze

COOP GRÜZE EVAKUIERT
Ernstfall getestet

Gestern um 8.30 Uhr sorgte eine fiktive Bombendrohung im Grüze-Markt für Aufregung. Eine Übung sollte zeigen, ob die Verantwortlichen schnell und gut reagieren. Laut Mitteilung lief alles bestens ab, innert vier Minuten waren Kunden und Personal «in Sicherheit». Auch technische Installationen wie Lautsprecher funktionierten einwandfrei.

KMU-VERBAND EMPFIEHLT
Ja zum House of W.

Der KMU-Verband Winterthur und Umgebung ist laut Mitteilung überzeugt davon, dass «die verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft, Kultur, Bildung und Tourismus zu neuen Ideen und Innovationen führt». Deshalb empfiehlt der Verband am 21. Mai ein Ja zur Leistungsvereinbarung der Stadt mit dem neuen Verein House of Winterthur.

FRAUEN-NOTTELEFON
840 Frauen beraten

Laut dem Jahresbericht 2016 hat die Beratungsstelle Frauen-Nottelefon im letzten Jahr 841 Frauen sowie 27 Fachpersonen beraten. Das sind etwas weniger als 2015, weil auf Bitten des Bundesamts für Statistik eine neue Zählweise Anwendung fand. Über 400 Frauen wurden von Polizei oder Justiz an die Beratungsstelle verwiesen, 300 Betroffene machten den Schritt von sich aus. mgm